

INDIEN UNTER DER GANDHI-DIKTATUR

(FORTSETZUNG)

Unternehmerfreundliche Wirtschaftspolitik

Indira Gandhi verkündet bei jeder sich bietenden Gelegenheit, sie werde alles tun, um das Elend der Massen zu beseitigen. Zu diesem Zweck habe sie das 20-Punkte-Wirtschaftsprogramm (vgl. FEER, 18. 7. 75) ausgearbeitet, das vor allem endlich die Durchführung der Landreform (sie steht seit 25 Jahren an), die Liquidation der Schulden der Landbevölkerung, die Senkung der Preise für die wichtigsten Güter und die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen zum Inhalt hat. Davon abgesehen, daß diese verbalradikalen Forderungen nichts Neues darstellen und schon seit der Unabhängigkeit Indiens immer wieder vorgetragen wurden, läßt sich anhand des neuen Budgets für 1976/77 (1.4.76–31.3.77) und einiger parallel dazu erlassener Gesetze zeigen, daß die Versprechungen nur leere Worte sind. Indira Gandhi stützt sich mit ihrer faschistoiden Diktatur hauptsächlich auf die Großbourgeoisie und die landbesitzenden Klassen, die beiden tonangebenden Gruppierungen der indischen Gesellschaft.

Handelte Indira Gandhi gegen die Interessen dieser Leute, so kündigten sie ihr die Gefolgschaft auf. Besonders bei den Großgrundbesitzern wäre dies ein schwerer Verlust für die Ministerpräsidentin, da in einer Agrargesellschaft wie Indien die reichen Landbesitzer die Masse der Dorfbevölkerung kontrollieren.

Die Wirtschaftspolitik der Regierung für 1976/77 ist generell durch Steuererleichterungen, Investitionsanreize und Importerleichterungen gekennzeichnet. Für die Masse der Bevölkerung sind diese Maßnahmen jedoch irrelevant, da zum einen nur wenige Inder Unternehmer sind und zum anderen die allermeisten unter der Steuerfreigrenze von 10.000 Rp pro Jahr liegen. Die Reichen aber profitieren kräftig. Die Einkommenssteuer wurde von maximal 77 % auf 66 % gekürzt, ebenso erfolgte eine Reduzierung der Vermögenssteuer und Verbrauchersteuer für Luxusartikel wie Kühlschränke, Fernsehgeräte und Pkws.

Es werden Investitionsanreize geschaffen, indem künftig 25 % Rabatt auf Neuinvestitionen gewährt wird, die Sondersteuer auf Unternehmerrgewinne herabgesetzt und eine Reihe von Lizenzvorschriften aufgehoben werden. Auf dem Gebiet der Importpolitik erfolgen viele Erleichterungen, unter anderem die Senkung der Importzölle, obwohl das Handelsdefizit 1975/76 eine Rekordhöhe von 12,35 Mrd. Rp (ca. 4,118 Mrd. DM) erreichte. (Alle Zahlen sind der Neuen Zürcher Zeitung vom 18. 3. 76 entnommen; ebenso FEER, 26. 3. 76) Analog dazu wächst die Schuldenlast. Mit 204,51 Mrd. Rp (68,17 Mrd. DM) im Jahr 1974/75 und stetig steigender Tendenz belastet sie die indische Volkswirtschaft schwer. Ca. 30 % Exporteinnahmen bzw. etwas mehr als 3 % des gesamten indischen Volkseinkommens müssen für den Schuldendienst aufgebracht werden. (NFA 27. 4. 76)

Insgesamt ist das Budget für 1976/77 auf 78,52 Mrd. Rp (ca. 26,17 Mrd. DM) veranschlagt. Die Auflistung der einzelnen Ressorts zeigt ein eindeutiges Übergewicht des industriellen Sektors, obwohl die Landwirtschaft das Grundproblem Indiens ist. Wie wenig die Regierung bereit ist, die Lebenssituation der Massen zu verbessern, läßt sich daran ablesen, daß von der Gesamtsumme lediglich 1,9 Mrd. Rp (0,86 Mrd. DM) für Erziehung, Wohlfahrt, Gesundheit und Familie und nur 2,57 Mrd. Rp (0,86 Mrd. DM) für Landwirtschaft und Nahrungsmittel bereitgestellt werden.¹ (NFA 22. 4. 76) Daß

dabei der Etat für Familienplanung sogar noch unter dem Ansatz des letzten Jahres liegt, erscheint angesichts der rigorosen Zwangsmaßnahmen für Geburtenbeschränkung (vgl. Teil I, Heft 54) völlig unverständlich. Dagegen: in die Rüstung werden bei vorsichtiger Schätzung ca. 40 % des gesamten Budgets gesteckt, für die Herrschenden eine Notwendigkeit, um den Zustand der Ausbeutung und Unterdrückung per Gewalt zu sichern.² Es dürfte wohl klar sein, daß die privaten Unternehmer, sowohl die inländischen als auch die ausländischen, diese Wirtschaftspolitik der Regierung einhellig begrüßen. Hinzu kommt, daß diese volksfeindliche Politik noch mit anderen repressiven Verordnungen ergänzt wird. Hier ist besonders der sogenannte „Sozialpakt“ zwischen Privatunternehmern und Gewerkschaften zu erwähnen, der unter anderem ein generelles Streikverbot beinhaltet und de facto die Macht der Gewerkschaften ausschaltet. (FR 31. 7. 75) Löhne und bislang bezahlte Prämien wurden gekürzt (die Prämien wurden von 8,3 % auf 4 % reduziert; FEER, 24. 10. 75), man geht sogar dazu über, die 7 Tage-Woche einzuführen. (Spiegel 16/76; Indoasia 1/1976). Die Loblieder der Kapitalisten auf die Auswirkungen der Diktatur sind inzwischen nicht mehr zu überhören. Die „Nachrichten für Außenhandel“ (10. 5. 76) melden, daß sich das Arbeitsklima in Indien wesentlich gebessert habe. Der Ausfall an Arbeitstagen habe sich 1975, also alleine durch 6 Monate Diktatur, um mehr als 75 % reduziert. Und eine Angehörige der Millionärsfamilie Oberoi schwärmte: „Der Ausnahmezustand ist wundervoll. Früher hatten wir dauernd Probleme mit den Gewerkschaftern, heute werden diese eingesperrt.“ Ebenso meinte schon im September letzten Jahres der Chef einer deutsch-indischen Pharmaziefirma zuversichtlich: „Zum ersten Mal seit 17 Jahren waren wir bei der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß nicht mehr in der Defensive“ (Handelsblatt 25. 9. 75)

Optimistisch über die wirtschaftliche Entwicklung in Indien äußerte sich auch das Indien-Konsortium der Weltbank. Es erhöhte sofort die Kreditsumme für 1976/77 auf 1,8 Mrd. US-Dollar. Im vergangenen Jahr wurden nur 1,4 Mrd. Dollar ausbezahlt. (Le Monde, 31. 5. 76) Damals waren eben die Investitions- und Profitbedingungen schlechter als heute. Die Masse der indischen Bevölkerung muß hingegen weiterhin in immer schlimmer werdenden Verhältnissen leben: ungefähr 70 % aller Inder lebt heute schon nach amtlichen Statistiken unterhalb der Armutsgrenze (SPIEGEL 16/75). Und trotz Diktatur und 20 Punkte-Wirtschafts-Programm sank das Durchschnittseinkommen eines Inders im letzten Jahr um 1,7 % auf 341 Rp (113 DM) pro Jahr. (WiWo 12/76; NFA, 7. 5. 76)

Das Vordringlichste, die Durchführung der Landreform, wurde überhaupt nicht in Angriff genommen. (FEER, 26. 3. 76, Le Monde 27. 1. / 31. 1. 76)

Zwar konnte im vergangenen Jahr eine Rekordernte von 114 Mio. Tonnen Getreide und eine leichte Senkung der Verbraucherpreise um 6 % (Dez. 75 im Vergl. zu Dez. 74) verzeichnet werden (NFA 22. 4. 76), doch sind die positiven Fakten nicht der Politik der Regierung zuzuschreiben, sondern dem guten Monsun und dem Einpendeln der Preise auf ein ökonomisch bedingtes Niveau. Zudem muß berücksichtigt werden, daß im Dezember 74 die Nahrungsmittelpreise astronomische Höhen erklommen hatten. Die Preise für Lebensmittel sind daher für die meisten Inder noch viel zu hoch, als daß sie eine gesicherte und genügende Ernährung

gewährleisteten. Die leichte Abschwächung der Preise in der Zeit des Ausnahmezustandes ist außerdem darauf zurückzuführen, daß Spekulantentum und Hortun, also der gesamte Schwarzmarkt, größtenteils durch Regierungsmaßnahmen aufgelöst wurden – eine Maßnahme, die sehr wohl im Interesse der Kapitalisten war, weil zum einen das nicht faßbare, dem offiziellen Wirtschaftsleben entzogene Geld an die 60 % der offiziellen indischen Gesamtgeldmenge betrug und volkswirtschaftlich nicht sinnvoll genutzt, d. h. nicht in der Industrie investiert wurde. Das Geld lagerte in Verstecken oder wurde für unproduktive Luxusgüter ausgegeben. Zum anderen hatte der Schmuggel von ausländischen Waren derartige Dimensionen angenommen, daß die einheimischen Unternehmer mit ihren Produkten nicht mehr konkurrieren konnten und schlechte Verkaufserfolge erzielten (z. B. Textilfabriken).³ (FEER, 22. 8. 75)

Man kann also zusammenfassend sagen, daß der Ausnahmezustand in Indien eindeutig die Privatindustrie bevorzugt, die Profite der Kapitalisten kräftig steigen läßt, während die Massen – und das sind ca. 80 % der Gesamtbevölkerung – weiterhin in großem Elend leben, ja sogar in ihrem Lebensniveau noch weiter herabgedrückt werden. Hinzu kommen die brutale Zerstörung von Wohnraum, die willkürliche Zwangssterilisation und die rücksichtslose Niederschlagung von Hungerrevolten. Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, daß Indira Gandhi eine Änderung ihrer volksfeindlichen Politik plant.

Hier erhebt sich die Frage nach der „Produktion für wen?“ Durch die systematisch betriebene Verelendung der Massen hat sich die indische Bourgeoisie den einheimischen Markt selbst stark eingeengt. Ihre Produkte kann sie nicht mehr in der gewünschten Menge verkaufen, da es immer weniger Käufer gibt. Der Gesamtverband der indischen Industrie und Handelskammern mußte dies auch erkennen: „Was der Industrie am meisten Sorge macht, ist die Frage, wie man die Produktion steigern kann zu einer Zeit, in der die Nachfrage fällt“. (FEER, 22. 1. 76) Sowohl die selbstproduzierte Verengung des einheimischen Marktes als auch die gleichzeitig bestehenden Absatzschwierigkeiten auf dem internationalen Markt lassen die indischen Kapitalisten nach neuen Investitionsmöglichkeiten ausschauhalten. Und hier bietet sich ein geradezu unbegrenztes Terrain an: die Rüstungsindustrie. Das bringt zweierlei Vorteile: Erstens, die Existenz eines äußerst wachstumsorientierten, von Rezessionen unabhängigen Wirtschaftsbereichs, der zudem noch vom Staat vor unliebsamer internationaler Konkurrenz geschützt wird. (Ziel ist eine autonome Rüstungsproduktion.)

Zweitens, der Aufbau eines umfassenden Unterdrückungsapparates mit modernsten Waffen, um die Herrschaft gegen jegliche Form des Widerstandes aufrechtzuerhalten. So vereinigen sich die Interessen der Militärs, Unternehmer und Politiker.

Die massiven Investitionen im Rüstungsbereich beanspruchen aber in starkem Maße die knappen Ressourcen des Landes. Eine im Interesse der breiten Bevölkerung betriebene Industrialisierung kommt nicht mehr zustande, weil Überschüsse unproduktiv investiert werden und so die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern und Arbeitsgeräten nicht möglich wird. Die ganze Produktionsstruktur des Landes ist auf den hochtechnisierten, kapitalintensiven Rüstungssektor ausgerichtet. In Indien ist schon das Entstehen eines industriell-militärischen Komplexes sichtbar.

Eine derartige Wirtschaftsorganisation verhindert natürlich wiederum eine spürbare Verbesserung der Lebenssituation der Massen, ja sie führt sogar in eine Verschlechterung (siehe oben). Dies bedeutet aber auch, daß die Konsumptions-



kraft der breiten Bevölkerung weiter sinkt, die interne Marktverengung weiter wächst. Wachsende interne Marktverengung führt aber wieder zu steigenden Investitionen im Rüstungssektor. Es besteht also eine wechselseitige Beziehung zwischen Verelendung der Massen und steigenden Rüstungsausgaben, bei der die beiden Faktoren einander stets zum Schlimmeren verstärken.

Diese Dynamik von Rüstung und Unterentwicklung zeichnet sich langsam aber sicher in den meisten Ländern der Dritten Welt ab.

Kronprinz Sanjay Gandhi

Die politische Szene Indiens zeichnet sich immer mehr durch die wachsende Konzentration der Macht auf die Familie Gandhi und deren engste Verbündete aus. Namentlich der 29-jährige Sohn der Ministerpräsidentin, Sanjay Gandhi, schiebt sich immer mehr in den Vordergrund und wurde kürzlich in Calcutta bei einem großen Spektakel offen als Mitregent vorgestellt. (NZZ 2. 3. 76)

Inzwischen ist es ein offenes Geheimnis, daß Sanjay Gandhi zum engsten Berater seiner Mutter geworden ist und einen starken Einfluß auf die Politik des Landes ausübt. Mit seinen Entscheidungen übertrifft er sogar seine gewiß nicht zimperliche Mutter an Radikalität und Brutalität. Die Zerstörung von Wohnraum in Delhi, von der 250 000 Menschen betroffen sind (siehe Teil I, Heft 54), geht auf ihn zurück und wird von ihm selbst folgendermaßen glorifiziert: Seine „Operation saubere Stadt“ sei die „schnellste Umsiedlung von Menschen gewesen, die es je im Frieden gegeben habe“ (Spiegel 16/76). Auch war er es, der dem Gouverneur von Tamil Nadu befahl, einen schlechten Situationsbericht über diesen Gliedstaat anzufertigen, um einen Vorwand für die Zwangsenthebung der DMK-Regierung zu haben (NZZ vom 6. 2. 76). Von diesem Schritt waren die meisten Regierungsmitglieder nicht unterrichtet.

Auf seinen spektakulären Reisen durch das Land läßt sich der Indira-Sohn wie einen Gott feiern. Es wird um ihn ein Persönlichkeitskult aufgezogen, der alles bisher Dagewesene

überbietet. Ihm werden Prädikate wie „aufgehende Sonne Indiens“ oder „Volkswaffe gegen die Armen“ verliehen. In Zeitungen, Wochenmagazinen und auf Versammlungen wird seine 4-Punkte-Philosophie verkündet: Jeder Inder soll:

- a) jedes Jahr einen Baum pflanzen
- b) einem Analphabeten Lesen und Schreiben beibringen
- c) nicht mehr als zwei Kinder haben
- d) die alte Kultur des Landes wiederbeleben.

Sanjay Gandhi, dessen Vergangenheit von Korruptionsaffären gezeichnet ist, charakterisiert sich selbst so: „Ich bin weder links- noch rechtsorientiert, sondern fühle mich lediglich dem Wohle des Volkes verpflichtet.“ (NZZ 2. 3. 76/ Spiegel 16/76)

Doch seine wahren Freunde sind die Unternehmer. Ihnen gegenüber entpuppt er sich als strammer Anti-Kommunist und starker Befürworter der unternehmerischen Privatinitiative. Während seine Mutter immerhin noch dem Sozialismus das Wort redet, setzt Sanjay Gandhi voll und ganz auf das kapitalistische Wirtschaftssystem und kritisiert sogar offen die Wirtschaftspolitik der Zentralregierung, die für seine Begriffe bislang „zu sehr von Ideologien bestimmt“ gewesen sei (NZZ 2. 3. 76). Darin befindet er sich in voller Übereinstimmung mit den Ansichten des Big Business. Seine Machtbefugnisse haben ein beachtliches Ausmaß erreicht. Auf seine Veranlassung hin wurden Minister entlassen (bestes Beispiel ist der ehemalige Verteidigungsminister Swaram Singh) und treu ergebene Verbündete in die Regierung berufen. Einige altgediente Kongress-Funktionäre wurden ausgeschaltet, die Opposition in den eigenen Reihen systematisch ausgemert. Die im Amt verbliebenen werden von dem privaten Geheimdienst Indira Gandhis überwacht (Spiegel 16/76).

Indien ist somit auf dem besten Weg, in eine dynastische Diktatur gezwungen zu werden, mit Sanjay Gandhi als künftigem Herrscher. Seit den 29 Jahren Unabhängigkeit wird Indien von einer einzigen Familie regiert – mit Ausnahme der 1 1/2-jährigen Regierungszeit Shastris in den Jahren 1964–1966. Indira Gandhis Vater, J. Nehru, war 17 Jahre an der Macht. Seit 1966 ist sie selbst Ministerpräsidentin der zweitgrößten Nation der Erde. Die Bilanz von 27 Herrschaftsjahren der Familie Nehru ist mehr als traurig: Seit der Unabhängigkeit ist der Lebensstandard der Massen kontinuierlich gesunken; es gibt mehr Elend und Hunger als je zuvor.

Die Chancen der Opposition

Indira Gandhi läßt sich die schrittweise Abschaffung der bürgerlich-demokratischen Staatsform auch juristisch bestätigen. Nachdem schon im November 75 das Oberste Gericht Indira Gandhi vom Vorwurf der Wahlkorruption freigesprochen und die Verfassungsmäßigkeit der Notstandsgesetze bestätigt hatte („blätter des iz3w“ 50), entschied das Gericht unlängst, daß das Recht auf richterliche Untersuchung bei einer Verhaftung (die sogenannte „habeas-corpus-Akte“) im Ausnahmezustand nicht gültig sei (Newsweek 10. 5. 76 / FEER 7. 5. 76). Der Vorsitzende, Richter A. N. Ray, erklärte wörtlich: „Der Begriff politische Freiheit . . . beinhaltet nicht absolute persönliche Freiheit.“ (Newsweek 10. 5. 76)⁴.

Mit dieser juristischen Absegnung der staatlichen Repression und Willkür (vgl. „blätter“ 51) erhält die faschistoide Diktatur den Schein der Legalität.

In Zukunft ist aber Frau Gandhi auf die Mithilfe der Justiz nicht mehr angewiesen. Denn bei den letzten Teilwahlen zum Oberhaus des indischen Parlaments erhielt ihre Congress-Party die 2/3-Mehrheit, so daß sie nun in beiden Häusern des Parlaments über eine 2/3-Mehrheit verfügt (Le Monde/ NZZ 30. 3. 76). Damit kann die Regierung alle Gesetze, die sie für nötig hält, und jede Änderung der indi-

schen Verfassung im Parlament durchsetzen (FEER 9. 4. 76). Dies wird bald von großer Bedeutung sein, sobald die eingesetzte Verfassungskommission der Congress-Party unter Vorsitz von Swaram Singh die Vorschläge für eine neue indische Verfassung vollständig ausgearbeitet hat (vgl. „blätter“ 51). Erste konkrete Änderungsvorschläge liegen schon auf dem Tisch: So sollen künftig Verfassungsänderungen nicht mehr gerichtlich angefochten werden können, ebenso eine Reihe von Entscheidungen der Regierung und des Parlaments, speziell die Ausrufung des Ausnahmezustandes (NZZ/Le Monde 2. 6. 76). Hierfür sollen dann Sondertribunale zuständig sein (FEER 11. 6. 76). Diese Maßnahmen laufen auf eine faktische Entmachtung der Gerichte hinaus, um dem Parlament – fest in den Händen des Congress – die Vorrangstellung zu garantieren.

Angesichts dieser Situation scheinen die Chancen der Opposition gering. Zwar läßt die total zensierte Presse Indiens kaum Informationen über oppositionelle Bewegungen durchsickern, obgleich die Regierung selbst kürzlich die Existenz eines Untergrunds zugeben mußte angesichts der wachsenden Zahl von Anschlägen vornehmlich auf Eisenbahnen, Brücken und Kraftwerke (NZZ 16. 3. 76/7. 4. 76/FR 28. 4. 76). Doch hie und da kommen trotz allem Meldungen durch, die allerdings kaum ein umfassendes Bild über den Stand der Dinge erlauben. Le Monde berichtet am 16. 3. 76 über Streiks in Calcutta, an denen 12 000 Arbeiter beteiligt seien und die seit mehr als drei Wochen andauerten. Namentlich Georges Fernandes, der Führer der Sozialistischen Partei und der mächtigen Eisenbahner-Gewerkschaft, versucht vom Untergrund aus den indischen Widerstand zu organisieren. Er propagiert den gewaltsamen Kampf gegen die Diktatur Indira Gandhis (Spiegel 16/76 / NZZ 6. 3. 76). Ob die Gruppe um Fernandes allerdings Erfolg haben wird, bleibt dahingestellt. Zu groß scheinen die politischen Unterschiede der Oppositionsgruppen, die von der national-hinduistischen Jan Sangh bis zu den linken Sozialisten reichen. Ein Zusammenschluß, die erste Bedingung für ein schlagkräftiges Vorgehen, dürfte kaum möglich sein, zumal unterschiedliche Auffassungen über die Methoden des Kampfes bestehen. Mehr oder weniger lassen sich zwei Widerstandsgruppen unterscheiden: Zum einen die Gruppe um Fernandes, die eine gewaltsame Zerschlagung der Diktatur propagiert; zum anderen die Gruppe um J. P. Narayan – er befindet sich im Moment todkrank unter Hausarrest –, die den gewaltlosen Widerstand und den zivilen Ungehorsam als Kampfmittel befürwortet. Wie tief der Graben zwischen beiden Gruppen ist, demonstrierte Narayan persönlich, als er sich öffentlich von den Methoden Fernandes' distanzierte (NZZ 6. 3. 76). Daran ändert auch die kürzlich beschlossene Gründung einer Oppositionspartei unter der Führung Narayans nichts, in der möglichst viele Gruppen und Parteien vertreten sein sollen (NZZ 30. 5. 76). Das gemeinsame Ziel ist die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Rechte. Doch zeigen sich, noch bevor die Oppositionspartei sich konstituiert hat, jetzt schon Unstimmigkeiten unter den Mitgliedern.

Als völlig unverständlich erscheint für viele das Verhalten der pro-sowjetischen CPI. Sie ist zu einem blinden Vollstrecker der Interessen Moskaus herabgesunken und definiert – genau wie die sowjetische Führung – die volksfeindliche Diktatur Indira Gandhis als einen wichtigen und notwendigen Schritt im Kampf gegen die Reaktion und für den Aufbau des Sozialismus. Die Anbiederungsversuche der CPI gehen sogar so weit, daß sich der Generalsekretär Rao dafür aussprach, die Verbindungen zur Congress-Party zu verstärken (Le Monde 14. 2. 76). Indira Gandhi zeigte sich für dieses Wohlverhalten erkenntlich: Die CPI ist die einzige Partei, die von den landesweiten Verhaftungen verschont blieb. Ob sich aber diese Anbiederungs-Strategie der CPI

langfristig lohnt, erscheint angesichts des immer stärker werdenden Einflusses des Anti-Kommunisten Sanjay Gandhi und anderer kommunistenfeindlicher Gruppen des Congress mehr als fraglich.

Von den beiden anderen kommunistischen Parteien, der CPI/M und CPI/ML, ist die letztere in einen „parlamentarischen“ und einen „revolutionären“ Flügel gespalten. Zudem war die CPI/ML der Repression besonders stark ausgesetzt, da sie die Vorbereitung ihrer Kader auf einen Kampf im Untergrund vernachlässigt hatte: sie mußte die meisten Verhaftungen hinnehmen. Die maoistische PCI/M hingegen, die durch jahrelange Untergrundtätigkeit entsprechend geschult, hat die Diktatur bislang relativ gut überstanden. Ihre Kader scheinen weiterhin aktiv zu sein. Es bleibt abzuwarten, ob von ihr Impulse zur Gründung einer breiten Widerstandsbewegung ausgehen werden.

Weiterhin ist die Opposition dadurch geschwächt, daß ihre Führungskräfte verhaftet sind und erst langsam Nachwuchs herangebildet werden kann. Besonders die Linke ist davon betroffen. Zudem ist die Verankerung im Volk recht gering. Der Einhalt der Inflation, die gute Ernte und die in den Geschäften wieder reichlicher vorhandenen Waren des täglichen Bedarfs lassen die Bevölkerung glauben, der Notstand sei in ihrem Interesse. Angesichts der erdrückenden Übermacht der Polizeiwillkür haben viele Inder Angst, gegen die Diktatur aktiv zu werden.

Bei der Landbevölkerung ist die Bewußtseinsbildung wegen der überwiegend halbfeudalen Produktionsweise und der umfassenden Isolation der Leute noch kaum in Gang gekommen, ein großes Versäumnis der linken Parteien, die sich bisher in ihrer Arbeit stets nur auf die Städte konzentriert haben.⁵



Sehr negativ wirkt sich auch das eigensüchtige und opportunistische Verhalten einiger Politiker der Opposition aus, die um einiger Posten oder Schmiergelder willen zur herrschenden Congress-Party übergelaufen sind. Dies geschah sowohl in Gujarat, wo Überläufer die Koalition um ihre parlamentarische Basis gebracht haben, als auch bei den Teilwahlen zum indischen Oberhaus, als oppositionelle Abgeordnete in einigen Bundesstaaten für die Kandidaten der Congress-Party gestimmt und ihr damit zu einer 2/3-Mehrheit verholfen haben. Diese Schwächen der Opposition in Indien kommen dem gemeinsamen Gegner zugute und erleichtern Indira Gandhi die Aufrechterhaltung ihrer Diktatur. Den wohl schwersten Schlag erlitten die im Untergrund

kämpfenden Widerstandsgruppen in jüngster Zeit, als ihr Führer Georges Fernandes von Indiens Geheimdienst in seinem Versteck in Calcutta gestellt und verhaftet wurde. Es wird vermutet, daß sein Leben in höchster Gefahr ist, da die Regierung ein öffentliches Auftreten Fernandes' in einem Gerichtsverfahren verhindern wolle. (NZZ, 15. 6. 76)

jür

Anmerkungen

1) Für Bewässerung sind 6,93 Mrd. Rupien (2,31 Mrd. DM), für Chemie/Mineraldünger 4,39 Mrd. Rp (1,46 Mrd. DM) vorgesehen. Angesichts der übergroßen landwirtschaftlichen Probleme ein viel zu geringer Betrag. Außerdem profitieren nur die reichen Bauern davon, da Kunstdünger und Bewässerungsanlagen für den überwiegenden Teil der Landbevölkerung unerschwinglich teuer sind.

2) Offiziell beträgt der Verteidigungshaushalt 2,660 Mrd. US-Dollar (FEER, 7. 5. 76). Das sind ca. 29 % (nach eigenen Berechnungen genau 28,8 %) 1 US-Dollar = 8,5 Rp) des Gesamthaushaltes in Höhe von 87,52 Mrd. Rp. Diese Ausgaben erfassen jedoch bei weitem nicht das gesamte Ausmaß an militärischen Aufwendungen, die Belastung für die Wirtschaft und die sozialen Kosten für die Gesellschaft. Erstens werden Nettomilitäraufwendungen angegeben, die durch Einkünfte aus Verkäufen u. ä. ca. 8,0 bis 8,4 % unter den Bruttoausgaben liegen. Zweitens fehlen im Militärbudget die Kosten für die Nuklearforschung, für das Raumfahrt- und Raketenforschungsprogramm, ebenso wie die Ausgaben für paramilitärische Verbände und für die Polizeistreitkräfte, die größtenteils im Haushalt des Innenministeriums enthalten sind. Die Polizeistreitkräfte und paramilitärischen Verbände bestehen aus mindestens 800 000 Mann, das sind fast ebenso viel wie die Truppenstärke der drei Waffengattungen. Hinzu kommen noch Verbände der Zivilverteidigung:

1. Border Security Force

100 000 Soldaten und 55 000 Reservisten. Sie war ursprünglich als Bundesgrenzschutz konzipiert. Heute wird sie hauptsächlich bei Streiks und Unruhen eingesetzt. Zu diesem Zweck erhielt sie ein neues und umfangreiches Ausbildungsprogramm und eine moderne Ausrüstung.

2. Territorialarmee

45 000 Soldaten

Seit Verabschiedung eines Gesetzes im Jahr 1956 können hier Regierungsbeamte und -angestellte eingezogen werden.

3. The National Cadet Corps

1973 führte er an 3508 Colleges der 101 Universitäten und an 6675 Schulen Kurse für paramilitärische Kurse für 1 188 500 Jugendliche durch.

4. The Village Volunteer Force

ca. 15,1 Mio. Mitglieder

5. The Home Guards

522 500 Mitglieder

6. Central Industrial Security Force

17 000 Mitglieder

Sie ist vor einigen Jahren gegründet worden, um die Arbeiter in den staatskapitalistischen Betrieben unter Kontrolle halten zu können. Außerdem besteht noch eine gesonderte Polizeitruppe für den Dienst in den Bergwerken Westbengalens.

Schließlich beansprucht das Militär knappe Ressourcen wie hochqualifiziertes Personal, Rohmaterial, Devisen etc., die anderen wichtigen Entwicklungsaufgaben entzogen werden. Die realen Militäraufwendungen in Indien sind 1952-1973 um 350 % gestiegen (Gesamte Welt: 151 %). Vgl. dazu: Wulf, H., Indien: Militarisierung und der Aufbau einer autonomen Rüstungsproduktion, in: Internationales Asienforum, Vol 6 (1975), Nr. 3, S. 272 ff.; ebenso: Albrecht u. a., Rüstung und Unterentwicklung, Reinbeck 1976 (rororo aktuell 4004). Der Far Eastern Economic Review (7. 5. 76) berechnet noch viel höhere Militärausgaben. Er schätzt, daß das Verteidigungsbudget dreimal so hoch sei als offiziell angegeben, d. h. 67,83 Mrd. Rp würden für das Militär ausgegeben, ohne daß in dieser Zahl die Kosten für die Atomforschung enthalten seien. Bei einem Gesamthaushalt von 78,52 Mrd. Rp entspräche das genau 86,3 % der Gesamtausgaben! Ob diese Zahl stimmt, kann aufgrund des schwer zugänglichen Zahlenmaterials nicht entschieden werden. Allerdings scheinen diese Angaben äußerst unwahrscheinlich zu sein.

3) Wörtlich (FEER, 22. 8. 75, S. 55): These undisclosed funds, or purchases made with them, are believed to amount to as much as 60 % of the official figure for India's entire Money supply.

4) „Liberty . . . is not an absolute freedom“

5) Zwar ist die Unzufriedenheit größer denn je, kommt es in den letzten Jahren verstärkt zu Klassenkämpfen auf dem Lande, doch diese sind vorwiegend spontane Erhebungen, die ungeplant und nicht zielgerichtet sind, sondern den Charakter von emotionalen Revolten tragen. Daher brechen sie auch sehr oft und sehr schnell zusammen. Der Organisationsgrad und das Klassenbewußtsein sind zu niedrig.